

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten  
– Drucksache 15/500 –**

**Jahresbericht 2002 (44. Bericht)**

**A. Problem**

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

**B. Lösung**

**Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. März 2004 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 15. Oktober 2003

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Reinhold Robbe**  
Vorsitzender

**Ulrike Merten**  
Berichterstatterin

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ulrike Merten und Anita Schäfer (Saalstadt)

### I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den von ihm nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2002 am 11. März 2003 vorgelegt.

In der 37. Bundestagsitzung am 3. April 2003 wurde dieser Bericht an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 GO-BT überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht in seiner 22. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zugestimmt.

### II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Die Berichterstatterin der Fraktion der SPD dankte dem Wehrbeauftragten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den in außerordentlich engagierter Weise erstellten Jahresbericht, der einen Überblick über das innere Gefüge und die innere Lage der Bundeswehr gebe. Sie halte drei Schwerpunkte für wesentlich: In erster Linie werde von den Soldatinnen und Soldaten die Einsatzdauer bei Auslandseinsätzen beklagt. Sie hoffe, dass man nach den strukturellen Veränderungen in der Bundeswehr auch die Einsatzdauer absenken könne. Bedingt durch die Einsatzdauer, aber auch durch die Einsatzhäufigkeit komme der Familienbetreuung eine zentrale Bedeutung zu. Die geplante flächendeckende Familienbetreuung mit insgesamt 31 Familienbetreuungscentren sei zu begrüßen. Die vom Wehrbeauftragten eingeforderte entsprechende sachliche und personelle Ausstattung dieser Zentren sei inzwischen schon weitgehend umgesetzt. Fest stehe aber, dass Auslandseinsätze – auch gerade in der Multinationalität – neue Fragen für die Innere Führung aufwerfen würden. Dies sei aber kein Widerspruch, vielmehr gehe es um die Weiterentwicklung der Inneren Führung. Soweit es zu versorgungsrechtlichen Fragen eine Vielzahl von Eingaben gegeben habe, sei der Beschluss des Verteidigungsausschusses im Frühjahr 2003 zur Neuregelung der Einsatzversorgung zu begrüßen.

Seitens der Berichterstatterin der Fraktion der CDU/CSU wurde auf die hohe Anzahl der Eingaben im Berichtsjahr hingewiesen. Gemessen an der durchschnittlichen Jahrestruppenstärke seien seit Schaffung des Amtes noch nie so viele Eingaben erfolgt. In dem zurückhaltend formulierten

Bericht komme zum Ausdruck, dass Planungsunsicherheit, Motivationseinbrüche, Personal- und Finanzengpässe den Alltag der Bundeswehr bestimmten. Die gravierende Belastung durch die wachsende Zahl und die als zu lang empfundene Dauer der Auslandseinsätze wirke sich auch auf die Bewerberlage aus. Seit „Rot/Grün“ die Bundeswehr eher nach Kassenlage, als nach der Bedrohungslage strukturiere, griffen – dies zeigten die Eingaben – Resignation und Dienst nach Vorschrift weiter um sich. Der Bericht mache deutlich, dass es – insbesondere bei Auslandseinsätzen – Sicherheitsmängel und Mängel bei der Sanitätsversorgung gebe; aber auch im Inland gebe es Mängel, z. B. bei der Unterbringung und der Ausstattung. Das Eingabenaufkommen zeige auch, dass sich die Bundeswehr verstärkt um die Familien der Soldaten kümmern müsse, die im Auslandseinsatz seien. Insoweit sei die Einsatzdauer unbedingt flexibler zu gestalten und zu kürzen.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte fest, dass der Bericht des Wehrbeauftragten zwar ein Mängelbericht sei, aber auch positive Nachrichten enthalte. Als Beispiel nannte er den Rückgang der Besonderen Vorkommnisse mit Verdacht auf rechtsextremen Hintergrund. Ebenso sei dem Bericht zu entnehmen, dass die mehr als 8 000 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen nicht nur ihre Sache hervorragend machten, sondern auch in der Gesellschaft höchste Anerkennung fänden. Zu bedauern sei aber, dass die Auslandseinsätze, die in der Regel sechs Monate dauerten, weder familien- noch beziehungsverträglich seien. Dies habe auch die Bereitschaft von Soldaten, sich weiter zu verpflichten oder Berufssoldat werden zu wollen, erheblich reduziert. Gleichwohl habe man aber noch immer eine gute Bewerberlage. Die enorm wichtige Arbeit der Familienbetreuungscentren, die im Jahresbericht zum Ausdruck komme, wolle er herausstellen. Die Arbeit der Zentren für Nachwuchsgewinnung müsse jedoch, dies zeigten die einschlägigen Eingaben, noch verbessert werden. Festzustellen sei, dass der Anteil der Eingaben von Grundwehrdienstleistenden im Verhältnis zum Eingabeaufkommen bei Berufs- und Zeitsoldaten unterproportional sei.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion der FDP unterstrich die bereits erwähnten Schwerpunkte des Jahresberichts, insbesondere die Themen Einsatzdauer und -häufigkeit. Veränderungen seien hier unbedingt notwendig. Der starke Anstieg der Eingaben im Berichtszeitraum sei bemerkenswert und müsse nachdenklich machen.

Berlin, den 24. Oktober 2003

**Ulrike Merten**  
Berichterstatterin

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

